

Ersetzt  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstag,  
Donnerstag und  
Sonabend.

Inserate:  
Für den Raum  
einer  
kleinpat. Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock  
und dessen Umgebung.

Abonnement  
vierteljährlich  
1 R. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

Dieses Blatt  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Annoncen-Aufnahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

## Bekanntmachung.

Vom Reichsgesetzblatte sind die Stücke Nr. 34 und 35 vom laufenden Jahre erschienen.  
Dieselben enthalten unter Nr. 1346: Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr von Reben und sonstigen Theilen des Weinstocks; vom 31. October 1879. Nr. 1347: Bekanntmachung, betreffend die Ernennung der Bevollmächtigten zum Bundesrath; vom 22. October 1879. Nr. 1348: Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz wegen Regulirung der Grenze bei Konstanz; vom 24. Juni 1879. Nr. 1349: Bekanntmachung, betreffend die gegenseitige Zulassung von Staatsangehörigen des Deutschen Reichs und Italiens zum Armenrecht; vom 1. October 1879.  
Sämmtliche Stücke liegen an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.  
Eibenstock, am 14. November 1879.

Der Stadtrath.  
Hofe.

### Die sächsische Finanzlage.

S. D. Mit der Eröffnung des Landtags ist das Interesse der Bevölkerung in erhöhtem Maße auf die Finanz- und Steuerfrage gerichtet, die nicht erst jetzt uns in ernster Weise berührt, sondern schon im vorigen Jahre zu mancherlei Befürchtungen Veranlassung gab. Die glücklichen Zeiten, wo die Rechnungsabschlüsse der Staaten des deutschen Reiches immer einen Ueberschuß ergaben, sind leider vorüber und die Periode der Deficits hat begonnen. Für jeden Steuerzahler ist diese betrübende Thatsache von großer Tragweite, denn er muß auch an seinem Theile mit dafür haften, das die Deficits beseitigt und die Rechnungsabschlüsse wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Nun ist zwar bei Verathung des neuen Zolltarifs wiederholt behauptet worden, daß die Einzelstaaten durch die erhöhten indirecten Einnahmen im Reiche entlastet und von den Matrikularbeiträgen befreit werden sollten; allein selbst bei Realisirung dieser Verheißung wird der einzelne Staatsbürger noch lange Zeit die bisher erhobenen directen Steuern (Grund- und Einkommensteuer etc.) in der jetzigen Höhe fortbezahlen und infolge der Vertheuerung verschiedener Artikel (wegen der Bölle) noch außerdem höhere Opfer für das Wohl des Staates bringen müssen.

Die Verhandlungen auf dem bayerischen Landtage haben uns die Gewißheit gebracht, daß Bayern, selbst wenn es die Matrikularbeiträge nicht mehr an das Reich zu bezahlen brauchte, noch immer ein Deficit von 5 Millionen Mark zu decken hätte. Auch in Preußen, das ein Deficit von über 40 Millionen Mark hat, werden die indirecten Steuern zu einer Entlastung der directen Abgaben vorläufig nicht führen, wenn die letzteren den „Kern“ bilden sollen, an den sich, wie der Finanzminister Bitter in seiner kürzlich gehaltenen Rede hervorhob, die indirecten Steuern, sowie alle anderen Staatseinnahmen anschließen sollen.

In Sachsen liegen die Verhältnisse zwar nicht ganz so traurig; doch auch hier muß der Landtag auf Beseitigung des Deficits bedacht sein. Der Grund, weshalb der für die zweijährige Finanzperiode 1878/79 vom vorigen Landtage aufgestellte Haushaltsplan nicht stimmt, sondern mit einem Jahresdeficit von etwa 5 Millionen Mark abschließt, liegt nicht etwa darin, daß die Regierung in die Millionen hinein ausgegeben, also leicht gewirthschaftet, sondern darin, daß die Einnahmen, welche unsere Kammern für die laufende Finanzperiode erwarteten, zu hoch eingestellt waren.

Als der Landtag im Jahre 1877 zur Verathung beisammen war, da kosteten die Kohlen und das Holz noch mehr als jetzt, und auch die Eisenbahnen hatten noch mehr zu thun. Letztere haben aber fortwährend schlechtere Geschäfte gemacht, in Folge dessen deren Reinertrag von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Die Kammern hatten den Nettoüberschuß bei den Staatsbahnen, den wichtigsten Einnahmequellen Sachsens, mit 26,508,500 Mark fürs Jahr veranschlagt, in Wirklichkeit hat aber die für das Jahr 1878 abgelieferte Summe nur 21,875,000 Mk., also 4,633,500 Mk. weniger betragen. Im ersten Vierteljahre von 1879 beziffert sich der Reingewinn sogar noch um 605,000 Mk. weniger als in dem gleichen Zeitraum des vorhergehenden Jahres, so daß demnach der Ausfall für dieses Jahr noch bedeutender zu werden droht. Da nun seit dem Jahre 1876 bis Ende 1878 das Anlagkapital für Staatsbahnen um 80 Millionen Mark erhöht worden ist, die Einnahmen bei denselben aber trotz des Zuganges von 330 Kilometer neuer Linien von 62 auf 58 Millionen Mark zurückgegangen sind, so läßt sich daraus ziemlich klar erkennen, wie schlecht die Geschäfte waren.

Die Staatsforsten galten in früheren Finanzperioden als Gold-

gruben, aber jetzt sind sie nur noch als Silberminen anzusehen; denn während dieselben z. B. auf die Finanzperiode 1874—1875 einen Reingewinn von 18,243,921 Mk., also über 9 Millionen Mk. fürs Jahr ergeben hatten, konnten aus ihnen im Jahre 1878 nur 6,287,329 Mk. an das Finanzministerium abgeliefert werden, so daß der Ausfall gegenüber der angenommenen Einnahmesumme sich auf etwa 450,000 Mk. fürs Jahr beläuft.

Die königl. Steinkohlenwerke, welche beispielsweise in den Jahren 1874—1875 noch mit einem Ueberschuß von 2,559,017 abschlossen (die Neubauten hatten allerdings wieder über die Hälfte davon verschlungen), ergaben für 1878 statt der etatirten 460,200 Mk. nur 285,200 Mk. und es ist auch hier das fortwährende Sinken der Preise an diesem Ausfall schuld.

Auch die directen Steuern ergaben nicht so viel, wie man erwartete, denn viele Geschäftsleute haben geringere Einnahmen denn früher und können daher auch nicht mehr so hohe Abgaben bezahlen, weshalb bei diesem Kapitel eine jährliche Mindereinnahme von 562,000 Mk. zu verzeichnen ist. Im Ganzen sind also etwa 5,762,000 Mk. weniger eingenommen worden, als man erwartete. Diese Angaben beziehen sich zwar nur auf die nun bald beendigte Finanzperiode 1878/79, allein auch in nächster Zeit haben wir keine Besserung, viel eher eine Verschlechterung in Aussicht.

Bei Feststellung des Etats werden daher unsere Abgeordneten bedacht sein müssen, die Einnahmen um etwa 4 Millionen Mark niedriger anzunehmen, damit nicht wieder solche Mindereinnahmen vorkommen. Trotz aller Ersparnisse, die dem Laien vielleicht manchmal kleinlich erscheinen, werden sich die Ausgaben im Vergleiche zu früherer Zeit noch um 1 1/2 Millionen Mark erhöhen, so daß ein Deficit von 5 1/2 Millionen in der folgenden Finanzperiode bevorsteht. Wie soll dasselbe beseitigt werden, zumal wir an Schulden infolge des Aufkaufs der vielen Privatbahnen in Sachsen hinlänglich zu tragen haben; denn während am Ende der Finanzperiode 1874/75 die Staatsschulden 368,167,583 Mk. betragen, werden sie sich jetzt auf weit über 400 Millionen Mk. belaufen, so daß eine hübsche Zeit vergehen dürfte, ehe wir diese Schulden werden bezahlen können. Erfreulich sind diese Aussichten für den Steuerzahler keineswegs, indes die schlechten Zeiten gehen hoffentlich vorüber und bleibt uns daher nichts weiter übrig, als mit Patriotismus die schweren Pflichten, welche uns das Vaterland auferlegt, zu erfüllen.

### Tagesgeschichte.

— Berlin, 18. Novbr. Den nunmehr beginnenden handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich mit großen Erwartungen entgegen zu sehen, möchte sich kaum rechtfertigen lassen. Daß die deutsche Regierung geneigt sein sollte, jetzt, da der neue Zolltarif kaum zu Stande gekommen, schon wieder allgemeine Zollherabsetzungen vorzunehmen, ist nicht gut denkbar, und überdies kommt in Betracht, daß uns durch anderweite Verträge, namentlich durch die Klausel des Frankfurter Friedens mit Frankreich, die Möglichkeit entzogen ist, Oesterreich Zollkonzessionen zu machen, die nicht sofort auch den anderen Vertragsstaaten zu Gute kämen. Ueberhaupt ist es schwer, auch nur vermuthungsweise anzugeben, was denn eigentlich für Absichten in den leitenden Kreisen der deutschen und österreichischen Regierung obwalten mögen. Es ist leicht zu sagen, daß die politische Annäherung Oesterreichs an Deutschland auch ein engeres Verhältniß auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Interessen wünschenswert